

Resolution, Rat der Stadt Cuxhaven (aus 2009)

Der Rat der Stadt Cuxhaven bittet die Niedersächsische Landesregierung, die Rückführungen von Angehörigen der Sinti und Roma in das Kosovo aus humanitären Gründen auszusetzen und sich für eine umfassende Bleiberechtsregelung einzusetzen. Für die Sinti und Roma sollten daher zusätzliche Integrationsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft geschaffen werden. Viele Kinder und Jugendliche sind in Deutschland geboren und aufgewachsen und haben hier z.T. die Schule besucht. Für die Zukunft dieser Bevölkerungsgruppe in Deutschland ist es allerdings unbedingt notwendig, dass diese ihre Integrationsbereitschaft verdeutlichen, so beim Erlernen der deutschen Sprache, bei Fortbildungsangeboten und beim regelmäßigen Kindergarten- und Schulbesuch ihrer Kinder.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Rückführungsabkommen zur Zeit auszusetzen und anzuerkennen, dass eine Rückführung in das Kosovo unter den derzeit dort herrschenden äußeren Bedingungen nicht möglich ist. Sie muss sich international für die Schaffung humanitärer Bedingungen und Verhältnisse im Kosovo einsetzen.

16.12.2009:

Der Kreistag (Landkreis Cuxhaven) beschließt einstimmig:

1. Der Landkreis Cuxhaven bittet die Landesregierung und Bundesregierung von Abschiebungen von Roma und Ashkali in den Kosovo abzusehen und das Rückführungsabkommen mit dem Kosovo aufzuheben bzw. nicht umzusetzen.
2. Die Bleiberechtsregelung / Altfallregelung muss mindestens zwei Jahre verlängert und humanitäre Gesichtspunkte müssen im Rahmen einer Sozialklausel insbesondere bei kranken, traumatisierten, alten oder pflegebedürftigen Menschen berücksichtigt werden.
3. Familien dürfen nicht auseinander gerissen werden.
4. Aus der geschichtlichen Verantwortung Deutschlands muss für langjährig hier lebende Roma-Flüchtlinge ein sicherer Aufenthalt möglich sein.
5. Der Landkreis Cuxhaven fordert die Landesregierung auf, insbesondere für Angehörige der Sinti und Roma zusätzliche Integrationsmöglichkeiten in die Gesellschaft zu eröffnen. Diese sollen aufgefordert werden, davon Gebrauch zu machen.